

Protokoll
über die 44. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 20.02.2008

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:35 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Jähnig, Claus Jürgen Fraktion
Unabhängige Bürger

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Voss, Renate Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ordentliche Mitglieder

Ehlers, Sebastian CDU-Fraktion
und Liberale
Lederer, Walter Fraktion DIE
LINKE
Meslien, Daniel SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Zischke, Thomas SPD-Fraktion
Holtzhauer, Rolf Dr. med. Fraktion DIE
LINKE
Vogel, Alexandra CDU-Fraktion
und Liberale

Verwaltung

Ahmels, Volker
Bartsch, Ulrich
Borsics, Marita
Buck, Holger
Hamann, Heidrun
Niesen, Dieter
Rüthers, Klaus
Schmitt, Hans-Ulrich

Schwabe, Marita

Schriftführer

Credè, Norbert

Gäste

Aust, Joachim	Fraktion DIE
LINKE	
Busse, Monika	Fraktion DIE
LINKE	
Göldner, Andrea	
Hill, R.	
Mevius, Rüdiger	
Steinmüller, Rolf	Fraktion
Unabhängige Bürger	

Leitung: Claus Jürgen Jähni

Schriftführer: Norbert Credè

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 43. Sitzung vom 09.01.2008 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Aufhebung der Regionalen Schule "Gutenberg"
Vorlage: 01901/2007
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 5.1. Erhaltung der Gutenbergschule
Vorlage: 01945/2008

- 5.2. Schulhof der Integrierten Gesamtschule "Berthold Brecht"
Vorlage: 01870/2007
6. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr
2008
Vorlage: 01856/2007
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Ausschusses begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Tagesordnung beantragt das stellvertretende Mitglied des Ausschusses, Herr **Steinmüller**, das Thema „Nutzung der Sporthalle Amtstraße durch den Sportverein ›Balance‹“ unter Punkt 7 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 43. Sitzung vom 09.01.2008 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 43. Sitzung vom 09.01.2008 wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen des Ausschusses vor.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

**zu 4.1 Aufhebung der Regionalen Schule "Gutenberg"
Vorlage: 01901/2007**

Bemerkungen:

Herr **Jähnig** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4.1 diesen wegen des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam mit TOP 5.1 zu diskutieren. Er begrüßt die Schulleiterin der Regionalschule Gutenberg, Frau Göldner, und die Vorsitzende des Lehrerrats der Schule, Frau Hill, und bittet den Ausschuss, beiden Vertreterinnen der Gutenberg-Schule das Rederecht zu erteilen. Der Ausschuss stimmt einmütig zu.

Herr **Niesen** gibt vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungsleitung eine von der Verwaltung eingebrachte Modifikation der Beschlussvorlage 01901/2007 an die Mitglieder des Ausschusses aus, welche die inzwischen eingegangenen verschiedenen Stellungnahmen und den Beschluss der Schulkonferenz der Gutenberg-Schule berücksichtige.

Herr **Lederer** begründet den Antrag der Fraktion „Die Linke“. Dabei verweist er auf die Bereitschaft des Bildungsministeriums, Ausnahmegenehmigungen für den Weiterbetrieb einer Schule auch bei nicht ausreichender Schülerzahl genehmigen zu wollen. Allerdings würde sich mit dem Beschluss auch der modifizierte Verwaltungsvorlage der Antrag seiner Fraktion erledigen. Deren Ziel sei aber die Sicherung des Erhalts der Schule, deshalb bittet er den Ausschuss, dem Antrag seiner Fraktion zu folgen. Sollte eine Ausnahmegenehmigung des Bildungsministeriums nicht erteilt werden, könne immer noch über eine Aufhebung der Schule entschieden werden.

Herr **Niesen** kündigt an, dass das kommende Haushaltssicherungskonzept (HSK) auch Aussagen zu Schulstandorten enthalten werde. Die Stadt müsse Optimierungspotenziale auch in diesem Bereich ausnutzen. Es sei angesichts der

Entwicklung der Schülerzahlen nicht möglich, vier Regionalschulen zu halten. Die Astrid-Lindgren-Schule, welche die Gutenberg-Schüler aufnehmen soll, sei ausreichend groß und gerade saniert worden, so dass für die Schüler sogar ein Qualitätsgewinn hinsichtlich der Ausstattung zu verzeichnen wäre. Die modifizierte Vorlage der Verwaltung sehe nunmehr vor, die Schule nicht in Raten zu schließen, sondern zum Ende des Schuljahres, und trage damit dem aktuellen Diskussionsstand Rechnung.

Frau **Voss** begründet die Haltung Ihrer Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, die sich dem Antrag der Fraktion „Die Linke“ (TOP 5.1) angeschlossen habe. Sie hob hervor, dass die Schule sich durch ihr pädagogisches Angebot speziell auf die Bedürfnisse des Wohngebiets und seiner besonderen sozialen Struktur eingestellt habe. So würden zahlreiche Angebote für ausländische und lernschwache Schüler vorgehalten. Die Schule stehe den Schülern dadurch faktisch als Ganztagschule zur Verfügung.

Herr **Niesen** betont, dass man eine Gesamtverantwortung für die alle Schulen wahrnehmen müsse. Ein Erhalt der Gutenberg-Schule erfordere anschließend wieder Investitionen in die Sanierung der Schulgebäude. Die Mittel dazu müssten wiederum von anderen Schulen bzw. Projekten genommen werden, denn eine Aufstockung der finanziellen Mittel sei nicht möglich. Zugleich führt er die rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen an, einen Trend, den Herr **Buck** unter dem Vorbehalt, dass Anmeldungen noch bis Ende Februar möglich seien, bestätigt. Vier Regionalschulen seien erwartbar nicht auszulasten, zumal eine große Nachfrage nach der Gesamtschule und privaten Gymnasien bestände. Unter Vorbehalt der noch nicht vorliegenden endgültigen Zahlen, seien bei weiterführenden Schulen insgesamt wohl sieben Eingangsklassen erreichbar.

Nach dem Hinweis von Herrn **Meslien**, dass ihm die Stellungnahme der Schule fehle, erteilt Herr Jähnig der Schulleiterin der Gutenberg-Schule, Frau **Göldner**, das Wort.

Frau **Göldner** bittet zunächst um Verständnis, dass der Beschluss der Schulkonferenz den Ausschussmitgliedern erst zur Sitzung vorgelegt werde, aber diese habe wegen der Ferien erst am Montag beraten können. Sie verliest anschließend das Votum. Die Schulkonferenz plädiere für die Aufhebung der Gutenberg-Schule zum Ende des Schuljahres 2007/08 und den geschlossenen Übergang der dann noch bestehenden Klassen und der Schulsozialarbeiterstelle an die Astrid-Lindgren-Schule. Die erfolgreiche Arbeit der Gutenberg-Schule der letzten Jahre könne nur unter der Voraussetzung weitergeführt werden, dass man geschlossen zur Astrid-Lindgren-Schule wechsele.

Auf Nachfrage von Herrn **Ehlers** zur Schulsozialarbeit erklärt Herr **Buck**, dass die Träger an beiden Schulen unterschiedliche seien. Eine Übernahme sei wohl möglich, man müsse deswegen mit den Trägern reden. Frau **Joachim** ergänzt, dass im Rahmen einer Neuordnung der Kinder-/Jugendarbeit und Schulsozialarbeit die Einrichtung von Trägerverbünden angestrebt werde. In diesem Rahmen werde dann auch eine Lösung für die genannte Schulsozialarbeiterstelle zu suchen sein. Der bestehende Vertrag mit der Caritas als Träger an der Gutenbergschule laufe zum 31.12.2008 aus.

Herr **Lederer** bemerkt zu der Absicht, dass hinsichtlich des Wechsels zur Astrid-Lindgren-Schule letztlich doch der Elternwille entscheidend sei. Ferner möchte er erfahren, wie viele Schüler der Umzug beträfe und ob in der Astrid-Lindgren-Schule ausreichend Klassenräume vorhanden seien. Er warnt vor der Entstehung übervoller Schulen, was den Spielraum für Ganztags- bzw. Förderunterricht doch erheblich einschränke. Die Kapazitätsgrenzen der Schulen sollten beachtet werden und die Entscheidungen nicht nur finanztechnisch begründet sein.

Frau **Hill** informiert, dass die Gutenbergschule bis auf die 7. Klasse zweizügig geführt werde, insgesamt handele es sich um 239 Schüler, die von dem Umzug betroffen seien. Es sei selbstverständlich, die Wünsche der Eltern zu berücksichtigen, dennoch wäre für die Schüler und den Unterricht ein Wechsel der gesamten Klassen das sinnvollste, und deren Wohl solle an erster Stelle stehen.

Herr **Meslien** weist auf die für das Wohngebiet prognostizierte sinkende Einwohnerzahl hin, die sich nahezu halbieren werde. Auch entstehe durch den Übergang der Schüler zur Astrid-Lindgren-Schule keine Massenschule, sie bliebe unter 700 Schülern. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit kündigt er einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage zum Erhalt der Sozialarbeiterstelle der Gutenbergschule an der Lindgren-Schule an.

Auf Nachfragen von Frau **Voss** und Herrn **Aust** bestätigt Herr **Buck** die ausreichenden Kapazitäten der Astrid-Lindgren-Schule zur Aufnahme der Schüler der Gutenbergschule, die vor wie nach der Sanierung dem geltenden Standard für Schulen und Klassenräume entspreche. Klassenräume seien ausreichend in Anzahl und Größe vorhanden. Gleiches gelte für die Fachräume und deren Ausstattung, so dass die Vierzügigkeit gewährleistet sei.

Auf die Frage von Frau **Voss** nach den möglichen Belastungen der Eltern durch den längeren Schulweg, informiert Frau **Hill**, dass etwa 80 Prozent der Schüler der Gutenbergschule aus sozial schwachen Familien kämen, denen die Finanzierung einer Schülermonatskarte durchaus Schwierigkeiten bereiten könne.

Zum Ende der Diskussion bringt Herr Meslien seinen Änderungsantrag zu dem modifizierten Beschlussvorschlag ein:

Die Beschlussvorlage wird ergänzt um Punkt 3:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die jetzt vorhandene Planstelle des Schulsozialarbeiters der Caritas ohne Einschränkung bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags an der Astrid-Lindgren-Schule weiterzuführen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag zur DS 01901/2007:

1. Die Stadtvertretung **empfiehlt** dem Oberbürgermeister, zur Schulentwicklungsplanung wie folgt zu entscheiden:

Der Schulentwicklungsplan der Landeshauptstadt Schwerin für den

Planungszeitraum der Schuljahre 2006/07 bis 2010/11 wird fortgeschrieben, indem als Regionale Schulen ab dem Schuljahr 2008/09 die Schulen

- Werner-von-Siemens
- Erich Weinert
- Astrid Lindgren

ausgewiesen werden.

Die Regionale Schule Gutenberg ist aufzuheben.

2. Die Stadtvertretung **beschließt:**

Vorbehaltlich der Genehmigung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wird die Regionale Schule Gutenberg mit Ende des Schuljahres 2007/08 aufgehoben. Die dann noch bestehenden Klassenverbände werden der Regionalen Schule Astrid-Lindgren zugeordnet.

Änderungsantrag, eingebracht von Herrn Meslien:

Die Beschlussvorlage wird ergänzt um Punkt 3 wie folgt
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die jetzt vorhandene Planstelle des Schulsozialarbeiters der Caritas ohne Einschränkung bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags an der Astrid-Lindgren-Schule weiterzuführen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag Meslien:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis geänderte Beschlussvorlage Verwaltung:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	2

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 5.1 Erhaltung der Gutenbergschule Vorlage: 01945/2008

Bemerkungen:

Beschluss:

Keine Beschlussfassung, da sich der Antrag mit dem Beschluss zu TOP 4.1, Vorlage 01901/2007 in der geänderten Fassung erledigt hat.

zu 5.2 Schulhof der Integrierten Gesamtschule "Berthold Brecht"
Vorlage: 01870/2007

Bemerkungen:

Herr Jähnig ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist auf die den Mitgliedern des Ausschusses ausgegebene Übersicht zur Ausstattung der Schulhöfe hin.

Herr Lederer informiert den Ausschuss über den zum Thema vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ zur Haushaltssatzung und bittet, diesen Tagesordnungspunkt aus inhaltlichen Gründen im Zusammenhang mit dem Antrag zu diskutieren und zu votieren.

Da kein Ausschussmitglied widerspricht, wird so verfahren.

zu 6 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 01856/2007

Bemerkungen:

Verwaltungshaushalt Kultur

Herr **Meslien** bittet um Auskunft, was unter der Formulierung „Förderung in Höhe der Antragstellung“ in den Haushaltsstellen „Förderung Schule der Künste“ und „Förderung Jugendkunstschule Ataraxia“ (Unterabschnitt (UA) 30000, HH-Titel 71707 und 71715) zu verstehen sei. Frau **Schwabe** erläutert, dass die veranschlagten Mittel niedriger seien, als die Antragstellung der Schulen. Über die Förderfähigkeit der Projektanträge werde nach fachlichen Gesichtspunkten in jedem Einzelfall entschieden.

Herr **Lederer** zieht einen älteren Beschluss des Ausschusses heran, wonach die Förderung der Jugendkunstschule 2008 in gleicher Höhe wie 2007 weitergeführt werden sollte, die Schule der Künste aber keine Förderung des Musikbereichs mehr erfahren solle. Er bittet um Auskunft, warum trotzdem Mittel zur Förderung vorgesehen seien.

Frau **Schwabe** berichtet, dass sie aufgrund der Anträge und durch Gespräche mit der Schule der Künste den Eindruck gewonnen habe, diese könne auf eine Förderung nicht völlig verzichten, den eingestellten Betrag aber akzeptieren. Bei Nichtbedarf seien die Mittel im Rahmen des Budgets auch anderweitig verwendbar.

Frau **Voss** spricht sich trotz des damaligen Beschlusses dafür aus, den Ansatz zu belassen.

Herr **Niesen** weist darauf hin, dass die Prüfung des Verwendungsnachweises der Zuwendung 2007 noch ausstehe, in dem Zusammenhang könnten noch Fragen vergaberelevante Fragen auftauchen. Man sei aber mit der Schule der Künste im Gespräch.

Um die Informationen zu diesem Punkt zu vertiefen, bittet Herr **Meslien** um Einfügung eines nicht-öffentlichen Teils unter Tagesordnungspunkt 7. Der Ausschuss stimmt einmütig zu.

Herr **Lederer** bringt die Änderungsanträge seiner Fraktion zum Verwaltungshaushalt Kultur ein und begründete sie.

Im Haushalt des Soziokulturellen Zentrums „Der Speicher“ (UA 30010, HH-Titel 11000) halte er die Einnahmeerhöhung für problematisch, weshalb seine Fraktion die Absenkung beantrage. Ein Deckungsvorschlag werde im Finanzausschuss erarbeitet. Er bringe den Antrag trotzdem hier ein, weil ihm das Votum des Fachausschusses wichtig erschiene.

Frau **Schwabe** erläuterte den Ansatz. Das Programm des Speichers zielen nicht in erster Linie auf hohe Einnahmen, wenn auch manche publikumsträchtige Veranstaltungen dazu geeignet seien. Da es bei solchen Veranstaltungen noch Spielraum gebe, denke man über eine neue Gebührenkalkulation nach. Der Ansatz sei zweifellos anspruchsvoll, könne aber erreicht werden.

Herr **Lederer** meint daraufhin, er halte eine Erhöhung der Eintrittspreise für wenig förderlich, weil dies sicherlich manch einen aus Kostengründen vom Besuch abhalten werde.

Die folgende Abstimmung ergibt eine Mehrheit für den Änderungsantrag.

Herr **Lederer** begründet anschließend den zweiten Antrag zum Verwaltungshaushalt Kultur, Medienanschaffung Stadtbibliothek (UA 35200, HH-Stelle 57000). Die Absenkung des Ansatzes sei nicht sachgerecht, da die Stadtbibliothek ihren Bestand ständig aktualisieren müsse, um das Angebot für die Leser aufrechterhalten zu können.

Die Leiterin der Stadtbibliothek, Frau **Hamann**, erläutert, dass die Mittel zur Anschaffung bibliothekstechnischem Materials (ca. 15.000 Euro) und zur Neuanschaffung von Medien genutzt würden. Der Haushaltsansatz sei in den vergangenen Jahren ständig reduziert worden. Auf Nachfrage von Frau **Vogel** informierte Frau **Hamann**, dass jährlich zwischen 12.000 und 14.000 Medieneinheiten beschafft würden, mitgerechnet einzelne Zeitschriften und Zeitungen aus den Abonnements. Dem stünde ein etwa gleich hoher Abgang gegenüber.

Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Verwaltungshaushalt Sportverwaltung

Herr **Meslien** beantragt, die vorgesehene Reduzierung des Ansatzes zur allgemeinen Sportförderung (UA 55000, HH-Stelle 71700) nicht vorzunehmen und den Ansatz des Jahres 2007 (135.000 Euro) für 2008 beizubehalten. Herr **Ehlers** und Herr **Jähnig** schließen sich dem Antrag an, wobei Herr **Ehlers** auf die hohe gesellschaftliche Bedeutung, welche dem Sport im Bereich der Jugendarbeit zukäme, hinweist.

Auf Nachfrage bedeutet Herr **Meslien**, dass eine Deckung aus der Erhöhung der Gewerbesteuer genommen werden solle, die von der SPD-Fraktion beantragt werde.

Herr **Jähnig** spricht im Zusammenhang mit dem Sporthaushalt den Antrag des Ortsbeirats Weststadt zur Badestelle Lankower See an, dem sich der Ortsbeirat Neumühle angeschlossen habe (UA 57110, HH-Stelle 54000).

Frau **Joachim** informiert den Ausschuss, dass die Ansätze des Unterabschnitts 57110 im Zuschuss an die SDS (Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin) enthalten seien, welche die Bewirtschaftung der Badestelle Lankower See übernommen habe. Die Zustimmung zum Antrag der Ortsbeiräte würde eine Erhöhung des Zuschusses für die SDS bedeuten.

2007 seien für die Bewirtschaftung der dortigen Toilette 235 Euro ausgegeben worden, die Kosten für die Wasserwacht lägen etwa in gleicher Höhe. Die Mittel dazu bringe 2008 die SDS auf.

Herr **Ehlers** sieht darin die Bestätigung, dass auch ohne einen Beschluss des Antrags die Toilettenbewirtschaftung gewährleistet werde. Herr **Jähnig** konstatiert, dass dem Anliegen der Ortsbeiräte damit genüge getan sei, denn ihnen gehe es primär um den Erhalt der Badestelle, und verzichtete auf Abstimmung des Antrags.

Herr **Jähnig** stellt abschließend den o. g. Antrag von Herrn **Meslien**, den Ansatz des Jahres 2007 bei der allgemeinen Sportförderung (UA 55000, HH-Stelle 71700) beizubehalten, zur Abstimmung.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Herr **Jähnig** stellt die von Herrn **Steinmüller** eingebrachte Anmietung der Sporthalle Amtstraße durch den Sportverein „Balance“ wegen möglicher haushaltsrelevanter Auswirkungen an dieser Stelle zur Diskussion.

Frau **Joachim** informiert über den Stand der schon längere Zeit laufenden Verhandlungen. „Balance“ wolle nach der Übernahme ein Angebot für den Breitensport im Stadtteil unterbreiten. Der Zustand der Turnhalle sei aber sehr schlecht und für die Instandhaltung sei bei einer Vermietung die Stadt zuständig. Um das Risiko für die Stadt zu minimieren, sei man dazu übergegangen, die Vergabe in Form eines Erbbaurechtsvertrags zu erwägen; darüber sei aber mit dem Verein noch nicht gesprochen worden. Zurzeit stände die Halle leer und werde nicht für genutzt.

Auf verschiedene Nachfragen von Herrn **Holtzhauer** und Herrn **Jähnig** informiert Frau **Joachim**, dass zur Sanierung Kostenschätzungen sowohl seitens des Vereins als auch der Stadt vorlägen, die sie aber unvorbereitet nicht beziffern könne. Sie kündigt an, mit dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Weinert, in absehbarer Zeit ein Gespräch zur Situation führen zu wollen und schlägt vor, Herrn Weinert danach zu einer Sitzungen des Ausschusses einzuladen.

Herr **Jähnig** bittet Herrn **Mevius**, Geschäftsführer des Stadtsportbundes, dem der Ausschuss Rederecht erteilt, um seine Stellungnahme. Dieser betont, dass

Konzept des Vereins sei einmalig und bereits ausgezeichnet worden, zur Umsetzung benötige er aber die Halle. Es sei dem Verein durchaus bewusst, dass er damit ein hohes Risiko eingehe. Herr **Mevius** appelliert an die Verwaltung, dem Verein sowohl das Projekt zu ermöglichen als auch ihn mit Hallennutzung nicht übermäßig zu belasten.

Herr **Jähnig** schlägt abschließend vor, das Thema in der nächsten ordentlichen Sitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung zu setzen.

Als nächsten Punkt spricht Herr **Jähnig** das Thema Lambrechtsgrund/Sport- und Kongresshalle an. Herrn **Lederer** möchte wissen, wie haushaltstechnisch verfahren werden, solange die Entscheidung über die Umsetzung des PPP-Projekts in der Schwebe sei. Herr Schmitt erläutert, dass die laufenden Ausgaben aus dem Zuschussansatz an die Projektgesellschaft beglichen würden. Wenn die Genehmigung erteilt sei, werde zu einem Stichtag die Abrechnung mit dem Projektpartner vorgenommen. Herr **Niesen** bestätigt, dass der Stadt daraus kein Haushaltsrisiko erwachse.

Verwaltungshaushalt Schulverwaltung

Herr **Meslien** kündigt einen Änderungsantrag seiner Fraktion im Hauptausschuss an und bittet dazu um genauere Information zur Handhabung der Mittelverteilung hinsichtlich der Lernmittelfreiheit und Lehrmittelanschaffung für die Schulen. Herr **Buck** und Herr **Schmitt** berichten, dass bei der Mittelvergabe eine Orientierung an den Schularten erfolge, was einfach aufgrund des unterschiedlichen Bedarfs erforderlich sei. Undifferenziert ergäbe der Ansatz einen Betrag in Höhe von 18 Euro pro Kopf; die Bedarfe seien aber unterschiedlich, so lägen die Kosten für Lehr- und Lernmittel beispielsweise im Fachunterricht der Gymnasien weit höher, als die bei Lehr- und Lernmitteln für den Grundschulunterricht der Fall sei. Die Mittel seien in einem Budget veranschlagt, Mehrbedarfe müssten darüber aufgefangen werden.

Vermögenshaushalt Kultur

Keine Wortmeldungen

Vermögenshaushalt Sportverwaltung

Herr **Meslien** bittet um Information zu einem Schreiben der Sportvereine „SSC“ und „Eintracht“ an die Fraktionen der Stadtvertretung, in dem diese einen zur Umsetzung der Planung eines Kunstrasenplatzes im geplanten Fußballzentrum Lankow Stellung nahmen.

Herr **Schmitt** berichtete, dass die Planungen für das Fußballzentrum im Rohentwurf vorlägen, aber mit einer Umsetzung sei frühestens 2009 zu rechnen, weshalb auch keine Mittel dafür in den Haushalt 2008 eingestellt seien. Eine

Zusage für einen Einzelplatz, wie in dem Brief dargestellt, habe es nie gegeben. Hinsichtlich der darin gleichfalls angesprochenen Fördermittel bittet er um Zurückhaltung; die Mittel ständen dem Landessportbund zur Verfügung, die Stadt habe darauf keinen Zugriff. Man werde dem Verein demnächst den Zwischenstand mitteilen und in den nächsten Monaten dem Ausschuss ein Konzept vorstellen.

Vermögenshaushalt Schulverwaltung

Herr **Lederer** bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion zum Schulhof Bertolt-Brecht-Schule ein. Herr Niesen weist darauf hin, dass die Realisierung des Deckungsvorschlags die Planung für den Autobahnzubringer Göhrener Tannen verhindere, was weit reichende Folgen hätte.

Auf die Frage von Herrn **Bartsch**, worauf die Kostenansätze im Änderungsantrag basierten, stellen verschiedene Ausschussmitglieder fest, dass in der vorigen Sitzung seitens der Verwaltung eine grobe Kostenschätzung genannt worden sei, die sich aber auf 30.000 Euro belaufen habe. Herr **Lederer** erklärt sich damit einverstanden, die im Änderungsantrag aufgeführten Beträge entsprechend zu reduzieren (UA 2890 HH-Stelle 98510, Hpl.-Ansatz neu: 40.000 € statt 45.000 €; Veränderungen neu +30.000 € statt +35.000 €).

Hinsichtlich des Deckungsvorschlags bemerkt er, dass man andere Ansätze erwogen habe, die aber aus verschiedenen Gründen nicht in Frage kämen.

Herr Niesen betont, dass das Geld zur Deckung der eingestellten Beträge einfach nicht zur Verfügung stehe. Selbst die zur Deckung vorgeschlagenen Planungskosten seien noch mit einem Fragezeichen zu versehen.

Herr **Meslien** schlägt vor, die Deckung für den Änderungsantrag als Prüfauftrag an den Finanzausschuss zu formulieren, um ein Scheitern der Planung zu verhindern. Herr **Niesen** stimmte dem zu und meinte, man solle im Finanzausschuss eine Entscheidung finden lassen. Nach Auskunft von Herrn **Lederer** solle der Antrag von seiner Fraktion ohnehin an den Finanzausschuss zur Prüfung weitergegeben werden.

Herr **Niesen** informiert darüber, dass im Vermögenshaushalt ohnehin kein Spielraum wäre. Die genehmigte Kreditbedarfshöhe sei voll ausgeschöpft. Die Aussicht, zusätzliche Projekte oder höhere Ausgaben genehmigt zu bekommen, sei gering. Also führe müsse alles Zusätzliche durch Kürzungen bei anderen Maßnahmen finanziert werden.

Zum zweiten Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ zur Sanierung der Werner-von-Siemens-Regionalschule und der Nils-Holgersson-Grundschule sehe die Verwaltung laut Herrn **Niesen** die Notwendigkeit einer vollständigen Sanierung durchaus. Man habe deswegen, obwohl die Verhandlungen um die Modalitäten der Förderung aus dem CO₂-Programm der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen seien, vorsorglich einen Förderantrag gestellt. Damit bliebe ein Drittel der Kosten als städtischer Anteil. Wenn die Förderung so bewilligt werde, würden auch ausreichend städtische Mittel bereitgestellt werden können. Dazu seien aber noch Prüfungen nötig, eventuell könne auf Sonderkredite

zurückgegriffen werden. Er schlägt deshalb vor, den Änderungsantrag mit dem Deckungsvorschlag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu formulieren und in den Finanzausschuss zu geben.

Herr **Lederer** meint, dass der Antrag nicht sofort beschlossen werden müsse, wenn er aber auf das nächste Jahr verschoben werde, müsse eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt verankert werden. Beide Schulanträge könnten dann ohne Votum an den Finanzausschuss gehen.

Her **Jähnig** stellt zunächst den Änderungsantrag zum Schulhof Bertolt-Brecht-Schule zur Abstimmung mit den geänderten Ansätzen und der Maßgabe, die vorgeschlagene Deckung im Finanzausschuss zu prüfen und alternative Deckungsmöglichkeiten zu suchen.

Zur der Sanierung der beiden Schulen informiert Herr **Meslien** über einen ähnlichen Änderungsantrag seiner Fraktion, der sich lediglich im Deckungsvorschlag unterscheide. Der Antrag liste zwölf Haushaltstitel auf, die vom Finanzausschuss und der Verwaltung hinsichtlich einer Deckung zu prüfen seien. Zudem wünsche er eine Abstimmung über die beiden Anträge, um nach Außen zu signalisieren, dass der Ausschuss die vollständige Sanierung beider Schulen wolle.

Herr **Jähnig** konstatiert, dass der Wille zur Sanierung sowohl beim Ausschuss als auch bei der Verwaltung vorhanden sei. Die Äußerungen seien eindeutig und es wäre in dem Fall ausreichend, den Ausschusswillen im Protokoll festzuhalten.

Herr **Niesen** fasst den Stand der Diskussion zusammen:

1. Der Ausschuss wünsche die vollständige Sanierung beider Schulen, die Mittel dazu müssten also aufgewendet werden.
2. Die Verwaltung solle prüfen, ob eine Deckung aus den Vorschlägen möglich sei. Sollte das Ergebnis negativ ausfallen, wäre eine Krediterhöhung anzustreben.
Er werde dies als Prüfauftrag mitnehmen und die Ergebnisse in den Finanzausschuss einbringen, spätestens in der die Haushaltberatungen abschließenden Sitzung.

Auch Herr **Lederer** meint angesichts der Interessenidentität zwischen Ausschuss und Verwaltung auf eine Abstimmung verzichten zu können. Dem widersprechen Herr **Ehlers** und Herr **Meslien**, die es für angebracht halten, dass der Ausschuss seinen politischen Willen durch ein Votum dokumentiere.

Herr Meslien stellt den Antrag, abzustimmen. Da keine Einigkeit darüber bestand, bat Herr **Jähnig** um das Votum zur beantragten Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Herr Meslien trägt daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion vor, Herr **Jähnig** stellt den Antrag zur Abstimmung; der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Nach Abschluss der Diskussion über die Änderungsanträge zu den einzelnen Haushaltsunterabschnitten bzw. –titeln bittet Herr **Jähnig** um Abstimmung der vorliegenden Haushaltssatzung unter Einbeziehung aller beschlossenen Änderungen.

Anschließend gibt Herr **Lederer** eine Erklärung ab, er habe sich enthalten, weil das HAKO nicht mit dem Haushalt vorgelegt worden sei.

Beschluss:

1. Änderungsantrag Fraktion „Die Linke“ zu UA 30010, HH-Titel 11000
Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.
2. Änderungsantrag Fraktion „Die Linke“ zu UA 35200, HH-Stelle 57000
Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.
3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu UA 55000, HH-Stelle 71700: Der Ansatz des Jahres 2007 (135.000 Euro) ist für das Jahr 2008 beizubehalten.
Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag einstimmig zu.
4. Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ zu UA 2800 HH-Stelle 93580 mit folgender Änderung: Der neue Hpl-Ansatz 2008 wird auf 40.000 Euro erhöht.
Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag einstimmig zu.
5. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu UA 2000, HH-Stelle 96500 und HH-Stelle 96502:

Die Stadtvertretung beschließt

1. Die HH-Stellen 2000.96500 „Nils-Holgersson-Schule“ und 2000.96502 „Werner-von-Siemens-Schule“ werden um insgesamt 1.500.000 EUR erhöht, um die vollständige Sanierung beider Ganztagschulen zu ermöglichen.
2. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der OB beauftragt, Fördermittel des Bundes bzw. des Landes einzuwerben.
3. Sollten die in 2. beschriebenen Versuche erfolglos sein, wird der OB bzw. der Finanzausschuss beauftragt, die Deckung durch die Reduzierung folgender Haushaltsstellen zu prüfen:

11200.93581	135.000 EUR
11200.94000	20.000 EUR
13000.93581	35.000 EUR
13000.93582	300.000 EUR
13000.93589	20.000 EUR
16000.93587	90.000 EUR
16000.93589	25.300 EUR

16100.93580	101.600 EUR
36020.95000	90.000 EUR
63000.95412	100.000 EUR
63000.96150	2.000.000 EUR
79100.94056	200.000 EUR

4. Sollten die in 3. beschriebenen Prüfungen erfolglos sein, erfolgt die Deckung über eine Erhöhung der Kreditaufnahme.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

6. Der Ausschuss stimmt der Haushaltssatzung 2008 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

1. Änderungsantrag Fraktion „Die Linke“ zu UA 30010, HH-Stelle 11000

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 2
Enthaltung: 3

2. Änderungsantrag Fraktion „Die Linke“ zu UA 35200, HH-Stelle 57000

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 2
Enthaltung: 0

3. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu UA 55000, HH-Stelle 71700

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

4. Änderungsantrag der Fraktion „Die Linke“ zu UA 2800, HH-Stelle 93580

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

5. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu UA 2000, HH-Stelle 96500 und HH-Stelle 96502

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

6. Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2008 mit den vorher beschlossenen Änderungen

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 1

zu 7

Sonstiges

Bemerkungen:

Zum Tagesordnungspunkt 7 liegen keine Wortmeldungen vor.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird damit geschlossen.

gez. Claus Jürgen Jähniß

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

Protokollführer